

Wandel gemeinsam gestalten und echte Perspektiven eröffnen

Die zehnjährige Umschulungsoffensive

Wir leben in unsicheren Zeiten. Die Krisenhaftigkeit der gesellschaftlichen Arrangements wird augenfällig.¹ Die Menschen nehmen wahr, dass sich in baldiger Zukunft vieles ändern wird und ändern muss. Dazu gehört auch, dass die beruflichen Qualifikationen in Bewegung geraten. Das hat mit den technologischen Entwicklungen, unter anderem der Digitalisierung zu tun. Das hat aber ebenso damit zu tun, dass sich der Bedarf an qualifizierten Fachkräften aus ökologischen und gesellschaftlichen Gründen verschiebt. So fehlen heute Zehntausende von Fachleuten in Bereichen wie der Pflege und Betreuung oder der nachhaltigen Energie- und Haustechnik. Viele Leute müssen und wollen sich deshalb beruflich neu orientieren. Gerade hier greift die andauernde Rede von der Eigenverantwortung viel zu kurz. Eine berufliche Neuorientierung soll und muss allen offenstehen, nicht nur denjenigen, die über genügend grosse finanzielle Polster verfügen. Die Politik muss dafür sorgen, dass dies möglich wird.

Im Buch «Für alle und für alle Fälle» plädieren wir neben der umfassenden Umgestaltung der sozialen Sicherheit (AEV^{plus}) deshalb auch für eine zehnjährige Umschulungsoffensive. Wir lancieren damit die Diskussion um ein Angebot an beruflicher Umschulung, das rasch greift, für alle zugänglich ist und schnell echte Perspektiven schafft.

Wer die vorhandenen Instrumente durchforstet, die es in der Schweiz zur Deckung der direkten und indirekten Kosten einer Umschulung oder Weiterbildung im Erwachsenenalter gibt, stellt fest: Es sieht insbesondere bei den indirekten Kosten düster aus.²

Im *Bundesgesetz über die Weiterbildung*, in Kraft seit 2017, gilt als oberster Grundsatz, dass Weiterbildung Privatsache des Individuums ist. Artikel 5, Abs. 1 hält unmissverständlich fest: «Der einzelne Mensch trägt die Verantwortung für seine Weiterbildung.» Private und öffentliche Arbeitgeber sollen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter:innen begünstigen,

“ So
fehlen
heute Zehn-
tausende von
Fachleuten.
”

das staatliche Handeln soll sich auf die Koordination und die Information im Weiterbildungsbereich beschränken.

Auch das *Interkantonale Stipendienkonkordat* ist enttäuschend; hier finden wir lediglich eine Teilharmonisierung der Stipendien auf tiefstem Niveau. Jeder Kanton behält weiterhin die Hoheit

über sein Stipendienwesen. Die Stipendien variieren denn auch beträchtlich zwischen den Kantonen. Allerdings sind selbst in den Kantonen Zürich und Bern, die vergleichsweise am grosszügigsten sind, die Ansätze viel zu gering, als dass eine Person mit Betreuungsverpflichtungen (Kindern) eine Umschulung ins Auge fassen könnte.

Bleibt noch die *Arbeitslosenversicherung*. Wer arbeitslos wird, muss aus Sicht der ALV möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Diese Priorisierung gilt seit den 1980er-Jahren, als die sogenannten arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) ins Gesetz aufgenommen wurden. Statt sich lediglich auf die Ausrichtung von Arbeitslosenentschädigung zu beschränken, sollte neu auch auf die schnelle Wiedereingliederung von Versicherten ins Erwerbsleben fokussiert werden. Leider sind aber berufliche Neuorientierungen explizit ausgeschlossen. Die Wiedereingliederung muss überdies auf dem bisherigen Ausbildungsniveau erfolgen, eine Neu- oder Höherqualifizierung bleibt ausgeschlossen.

Die kurze Übersicht über die bestehenden Instrumente macht deutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf.

¹ Siehe dazu die Beiträge von Beat Ringger und Pascal Zwicky «Krise ohne Ende? Eine Auslegeordnung» sowie von Roland Herzog und Hans Schäppi «Krisen vertiefen und vervielfachen sich einmal mehr» in dieser Ausgabe der Denknetz-Zeitung.
² Unter dem Begriff der direkten Kosten werden Kosten für Informations- und Beratungsangebote, Kosten für den Unterricht, Gebühren für Anmeldungen, Qualifikations- und Abschlussverfahren u. Ä. zusammengefasst. Indirekte Kosten entstehen, weil meist das Erwerbispensum reduziert wird und dementsprechend das Einkommen sinkt.



Das Modell der zehnjährigen Umschulungsoffensive

Das von uns vorgeschlagene zehnjährige Programm richtet sich an Erwachsene, die bereits über eine berufliche Erstausbildung verfügen, aber auf eine sozialverträgliche Finanzierung ihrer angestrebten Umschulung angewiesen sind.

Die Umschulungsoffensive umfasst zwei Elemente. Zum einen die Bereitstellung resp. Förderung von Ausbildungsplätzen, deren Abschlüsse zu anerkannten Abschlüssen führen respektive auf diese vorbereiten. Zum andern, und das ist das zentrale Element: Es werden Bundesstipendien ausgerichtet, die die Lebenshaltungskosten während der Ausbildung decken.

Berechtigt für Stipendien sind alle natürlichen Personen im erwerbsfähigen Alter, die seit fünf oder mehr Jahren unun-

terbrochen in der Schweiz ihren Wohnsitz haben. Die Höhe des Stipendiums richtet sich nach den Regeln der Ergänzungsleistungen: Wenn das Total der anrechenbaren Einkommen eines Haushaltes die anerkannten Ausgaben nicht deckt, wird das Haushaltseinkommen bis zur Höhe der Existenzsicherung ergänzt. Die Berechnung der anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen orientiert sich an den Definitionen des heutigen Ergänzungsleistungsgesetzes.

Im Buch «Für alle und für alle Fälle» legen wir eine Kostenschätzung für das Programm vor. Wir gehen von jährlich 10.000 Teilnehmer:innen aus und von Stipendien in Höhe von 36.000 bis 42.000 CHF/Jahr. Unter Berücksichtigung der Kosten für den Ausbau schulischer und betrieblicher Kapazitäten sowie der Administration des Programms und weiterer Nebenkosten kommen wir auf ein Total 1,1 bis 1,25 Milliarden CHF pro Jahr. Die Finanzierung soll über

Bundesmittel erfolgen. Das ist nicht wenig Geld, aber gut investiertes Kapital im Interesse der Beschäftigten und der Gesamtgesellschaft.

Schlussgedanken

Unsere Forderung für eine zehnjährige Umschulungsoffensive will den Menschen Zukunftsperspektiven eröffnen, ohne dabei Zwang auszuüben. Es geht uns dabei gerade nicht darum, das Diktat einer permanenten Selbstoptimierung zu stärken und einer ununterbrochenen Weiterbildung das Wort zu reden. Vielmehr soll es für alle möglich werden, sich angesichts der grossen gesellschaftlichen Umbrüche beruflich neu zu orientieren mit einer Umschulung, die Hand und Fuss hat. Die Freiheit der Berufswahl soll dabei erhalten bleiben. Existenzsichernde Stipendien sollen für alle Ausbildungsgänge gewährt werden, die zu eidgenössisch anerkannten Abschlüssen führen.



Ruth Gurny

war bis zu ihrer Pensionierung Professorin für Soziologie und Sozialpolitik an der ZHAW. Aktiv in der Denknetz-Fachgruppe Sozialpolitik, Arbeit und Care.



Beat Ringger

ist Publizist und Autor. Aktiv in der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz.